

Roland B. Müller

Vom Ende des jüdischen Schulwesens in Breslau

Der nachfolgende Bericht basiert auf dem Manuskript für einen Vortrag vor Mitgliedern des Verbandes ehemaliger Breslauer in Israel im September 2006. Viele der heute dort lebenden ehemaligen Breslauer waren Schülerinnen und Schüler der jüdischen Schulen in ihrer Heimatstadt.

Das Ende des jüdischen Schulwesens wird im Folgenden vor allem nach den im (polnischen) Staatsarchiv zu Breslau [Archivum Panstwowe we Wrocławia]¹ befindlichen Akten des Magistrats der schlesischen (Provinz-) Hauptstadt Breslau und darunter insbesondere den der Magistratsschulverwaltung² und - soweit Dokumente darüber vorlagen - für die Zeit zwischen 1933 und 1942 in groben Zügen aufgezeichnet. Auf die Wiederholung von Einzelheiten, die bereits in anderen Publikationen veröffentlicht wurden, und die breite Einbeziehung anderer Quellen wurde im Sinne, einen Überblick über die Ereignisse und die betroffenen Schüler und Lehrer zu vermitteln, verzichtet. Eine umfangreichere Arbeit mit vielen weiteren Details, die sich aus den Archivalien in Wrocław / Breslau ergeben und die auch anderes Quellenmaterial mit einschließt, ist unter dem Arbeitstitel „Breslaus jüdische Schüler, Lehrer und Schulen 1919 – 1943“ in Vorbereitung.

Diese geplante Publikation und der vorliegende Artikel sollen dazu beitragen, dass das Andenken an die Opfer des nationalsozialistischen Regimes gewahrt wird. Deshalb werden auch die Namen der Lehrer, von denen viele ermordet wurden, genannt. Sie sollen unvergessen bleiben.

Zugleich sollen über diese Veröffentlichung Kontakte zu anderen Forschern, die sich auch mit der Thematik der Jüdischen Schulen in der Zeit der Weimarer Republik und während der Herrschaft des Nationalsozialismus befassen, hergestellt und weitere Berichte von Zeitzeugen und Dokumente erschlossen werden, um dazu beizutragen, Einzelschicksale bzw. Lebenswege von Lehrern und Schülern und auch von jenen, die sich schuldig gemacht haben, aufzudecken.

1. Das Schulwesen zu Beginn der NS-Herrschaft

Der Anfang vom Ende Breslaus und anderer Städte in Schlesien, Ostpreußen und Ostbrandenburg als deutsche Städte begann am 31. Januar 1933. Für Breslaus jüdische Schüler und Lehrer sowie die Schulen, die sie besuchten oder in denen sie unterrichteten, bedeutete das den Anfang einer dramatischen Leidensgeschichte. Zugleich begann sich unter diesen besonderen Umständen aber auch eine Schule zu entwickeln, die mit Fug und Recht als die beste deutsche Schule in Breslau jener Zeit anzusehen ist. Gleiches gilt für ähnliche Schulen in anderen deutschen Städten.

Zu diesem Zeitpunkt teilte sich das bis dahin bestehende einheitliche deutsche Schulwesen. Es entstand das deutsche jüdische Schulwerk, das in der deutschen humanistischen Bildungstradition blieb, die keine Erziehung zu Rassenhass und Herrenmenschentum kannte. Aus der Zerstörung dieser Tradition entwickelte sich dagegen das öffentliche und dem Staat verpflichtete „arische“ Schulwerk. Es wurde zunehmend und mehr oder weniger durchgehend zu einem Instrument zur „Formung des

nationalsozialistischen Menschen“.³ Das Bildungsziel dieser Schule war darauf gerichtet, die Jugend für einen Eroberungskrieg und für die bedingungslose Befehlsausführung reif zu machen. Es zielte auf die Vorbereitung auf den Krieg, das Sterben, die Selbstaufopferung für einen Führer. Die jüdische Schule war auch deshalb die bessere, weil sie auf das Leben vorbereitete.

Die Auswirkungen des Wechsels von der Weimarer Demokratie zum Nationalsozialismus und die Teilung des Schulwesens lassen sich sehr gut an einem Schreiben der „Privaten Mittleren Jüdischen Schule“, das am 30. April 1933 an den zuständigen Schulrat der Magistratsschulverwaltung von Breslau gerichtet wurde, ablesen. Dieser Brief enthält nur den einen lakonischen Satz: „*Der Unterzeichnete hat das Amt des Schulleiters übernommen.*“⁴ Dazu gibt es keinen Vorlauf und keine Antwort. Das Schreiben wurde einfach zu den Akten genommen.

Dieser eigentlich normale Sachverhalt eines Schulleiterwechsels, wäre, hätte er drei Monate vorher stattgefunden, mit einem umfangreichen Schriftwechsel zwischen dem Träger der Schule, dem „Jüdischen Schulverein e.V.“, der Magistratsschulverwaltung und der Abteilung für Kirchen und Schulen der Provinzialregierung verbunden gewesen. Es wäre undenkbar gewesen, dass die Schule – wie mit diesem Brief erfolgt – einfach nur mitteilt, dass ein neuer Schulleiter das Amt übernommen hätte. Weil die privaten Schulen der Oberaufsicht der städtischen bzw. Provinzialschulverwaltung unterstanden, aber auch aus dem gegenseitigem Respekt der Träger von privaten Schulen zu den Schulräten, wäre eine Abstimmung in dieser Frage unerlässlich gewesen.

Der formale Ablauf dieses Schulleiterwechsels macht deutlich, dass nun für jüdische Schulen und gleichermaßen jüdische Schüler und Lehrer, andere Bestimmungen galten. Dabei waren die jüdischen Schüler und die jüdischen Lehrer zu diesem Zeitpunkt in ihrem Selbstverständnis noch ganz genau so wie die evangelischen, katholischen, konfessionslosen oder altkatholischen Schüler oder Lehrer nichts anderes als Deutsche.

Die Teilung des Schulwesens wird noch durch ein anderes Detail unterstrichen. Fortan wurden in offiziellen Übersichten zum Breslauer Schulwesen die jüdischen Volks- und höheren Schulen nicht mehr erwähnt. In der Folge sind auch heute noch Veröffentlichungen anzutreffen, die über das Breslauer Schulwesen falsche Angaben enthalten. Sie bauen dabei auf den alten Adressbüchern und anderen Publikationen aus der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft auf.⁵ Durch die Nichterwähnung der jüdischen Schulen sollten diese damals aus dem Bewußtsein der Menschen entfernt werden.

Die „Private Mittlere Jüdische Schule“, die den Wechsel im Amt des Schulleiters mitgeteilt hatte, wurde im allgemeinen Sprachgebrauch als „höhere jüdische Schule“ bezeichnet. Sie hatte seit 1932⁶ im Gebäude Rehdigerplatz 3 ihren Sitz. Der amtliche Name „Private Mittlere Jüdische Schule“ bezog sich auf die bis dahin erreichte Ausbaustufe der schon von ihrer Gründung im Jahr 1923 an nach Programm und Inhalt eines Reform-Realgymnasiums geplanten und angestrebten Anstalt. Die Genehmigung für die höhere Ausbaustufe war auch schon 1932 erteilt worden. Nach Abgang der letzten mittleren Klasse arbeitete die Einrichtung nach Ostern 1934 endgültig als höhere Schule.⁷ Da jedoch der Zugang zu den deutschen Universitäten schlagartig erschwert bzw. bald unmöglich wurde, verlor an ihr die Reifeprüfung als Zugangsvoraussetzung für ein Studium ihre Bedeutung. Der Schulbesuch war damit vielmehr darauf

gerichtet, in der Zeit bis zur Auswanderung bzw. für die Zeit nach dem mehr oder weniger bald erwarteten Ende der Herrschaft des Nationalsozialismus, bestmöglich gerüstet zu sein.

Das Schulhaus lag etwas versteckt hinter den Wohnhäusern an der Westseite des Rehdigerplatzes. An der Stelle, an der sich heute ein Wohnhaus mit der Hausnummer „Plac Icchaka Lejba Pereca 3“ befindet, war seinerzeit ein Durchgang zum Schulhaus.⁸ Das Gebäude war 1908 als Heim des „Verbandes hilfsbedürftiger israelitischer Kinder“ entstanden. 1921 wurde es für die „Private jüdische Volksschule“ des „Jüdischen Schulvereins e.V.“, eines Verbandes jüdisch-konservativer Eltern, umgebaut und nach einem erneuten Umbau am 4. Mai 1932 feierlich auch als Sitz für die höhere jüdische Schule eingeweiht. Damit befanden sich zwei Einrichtungen in diesem Gebäude. Allgemein unter der Bezeichnung „Rehdigerschule“ bekannt, trug es dem Bedürfnis der konservativen Minderheit⁹ der Mitglieder der Breslauer Synagogengemeinde Rechnung und bot einen Volks- und höheren Schulunterricht nach allen Bestimmungen und Vorgaben des öffentlichen Schulwesens mit der Ergänzung an, dass die Schabbatregeln und andere religiöse Vorschriften eingehalten werden konnten.

Am 15. November 1926 hatte Max Feuchtwanger als Nachfolger von Chaim Witt das Amt des Leiters der Volksschule angetreten. Mit der o.g. Mitteilung vom 30. April 1933 hatte er nun auch das Amt des Leiters der höheren Schule übernommen, das seit Mitte Oktober 1930 Studienrat Dr. Friedrich Radebrecht (evangelisch) innehatte.

Bevor dieser damals das Amt übernehmen konnte, hatte es lange Verhandlungen zwischen Schulverein und Magistratsschulverwaltung bzw. der Abteilung für Kirchen und Schulwesen der Provinzialregierung gegeben. Alle Beteiligten waren bestrebt gewesen, einen ausgewiesenen Verwaltungsfachmann, der zugleich eine gute Lehrkraft war, zu finden, denn die Schule war im Begriff, eine der bedeutendsten und zahlenmäßig größten privaten höheren Schulen Breslaus zu werden. Dr. Friedrich Radebrecht hatte sich an der Realschule am Nicolaitor einen guten Ruf erworben und seit einiger Zeit - so wie es zwischen öffentlichen und privaten Schulen in Breslau keine Seltenheit war - auch schon Englischunterricht in der höheren jüdischen Schule gegeben. Nach seinem Amtsantritt als Leiter derselben betrieb er mit viel Elan und verwaltungstechnischem Geschick ihren Ausbau zum Realgymnasium. Dabei hatte er sowohl den Rückhalt des Vorstandes des Jüdischen Schulvereins als auch der Magistratsschulverwaltung.

Darüber, ob und wie weit er all den Forderungen nachkam, die sich nach dem 31. Januar 1933 gestellt haben dürften, ist den Akten nichts zu entnehmen. Es wurde von einer ehemaligen Schülerin jedoch berichtet, dass er sich etwa im April 1933 in sehr bewegter Weise von den Schülern der Schule verabschiedet habe.¹⁰ Das spricht für ihn. Ausgehend von der Situation, die in den ersten Monaten der Machtausübung durch die Nationalsozialisten noch bestanden hat, ist jedoch zu vermuten, dass er vor allem aus Sorge um seine eigene weitere Karriere die Stelle an der jüdischen Schule schnell aufgegeben hat. Aus einem Bericht von einem Schüler des Elisabetgymnasium ist bekannt, dass Radebrecht Ende der 30er, Anfang der 40er Jahre dort als Lehrer tätig war. Nach 1945 wurde er Schulleiter an einem Gymnasium in Bad Pyrmont. Er hat aber dort offensichtlich nicht über seine Zeit als Lehrer und Leiter des jüdischen Reformrealgymnasiums berichtet.¹¹

Neben den beiden Schulen am Rehdigerplatz, die bis dahin fast ausnahmslos von Kindern konservativer Eltern besucht wurden, gab es zum Anfang des Jahres 1933 noch zwei kleinere private Schulen, die von

Gertrud Brann und von Gertrud Wohl deren Schüler überwiegend jüdische Kinder waren.¹² Im Gegensatz zu den Schulen am Rehdigerplatz fühlten sich diese beiden Schulleiterinnen und Schulunternehmerinnen dem liberalen Judentum verpflichtet.¹³ Ihre Schulen wurden aber nicht als „jüdisch“ bezeichnet, wie es ebenso wenig üblich war, dass andere Privatschulen ihre konfessionelle Ausrichtung im Schulnamen führten.

Der weitaus größte Teil der jüdischen Kinder und Jugendlichen besuchte jedoch die öffentlichen und die anderen privaten Volks-, Mittel- und höheren Schulen. Der seit Jahren bestehende und nicht zu übersehende Antisemitismus, der ganz besonders in den konfessionellen christlichen Schulen bemerkbar war¹⁴, hatte daran nichts ändern können. Zu einem Umdenken bei sehr vielen jüdischen Eltern kam es erst nach dem 1. April 1933, dem Tag des Boykotts aller „nichtarischen Geschäfte“, als zum ersten Mal deutschlandweit Fensterscheiben jüdischer Geschäfte eingeschlagen wurden, und offensichtlich zentral gesteuert überall die schlimmsten und gemeinsten antisemitischen Schmierereien anzutreffen waren. Der Wechsel in der Leitung der höheren jüdischen Schule war aber nur eine von vielen Änderungen im Breslauer Schulwesen. Insbesondere in den höheren öffentlichen Schulen Breslaus befanden sich unter den 365 Lehrkräften¹⁵ nicht wenige Studienräte, Studienassessorinnen, Studienassessoren und Referendare, die bald im Zusammenhang mit dem berüchtigten Gesetz zur Wiedereinführung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 ihre Stellen verloren, weil sie nicht den sog. Ariernachweis erbringen konnten.¹⁶ In gleicher Weise wurden aus den städtischen Volksschulen die wenigen dort beschäftigten jüdischen Lehrer auch „abgebaut“, sofern sie Profanunterricht erteilten. In den Volksschulen verblieben nur die jüdischen Religionslehrer, die aber keinen Unterricht in anderen Fächern mehr geben durften.

Die Mehrzahl der „abgebauten“ Lehrer, die überwiegend als liberale Juden anzusehen waren, suchte danach eine Anstellung in den konfessionellen jüdischen Schulen. Einige der entlassenen Lehrer wechselten auch in andere Großstädte mit jüdischen Schulen und sehr wenige verließen bereits zu diesem Zeitpunkt Deutschland.

Willy Cohn, einer der Studienräte am Johannesgymnasium, war von den „Abbaumaßnahmen“ infolge des Gesetzes vom 7. April 1933 in doppelter Weise betroffen. Er war aktives SPD-Mitglied, Jude und bekennender Zionist. Seine Entlassung aus politischen Gründen trug dazu bei, dass er, obwohl er ein anerkannter Historiker war, im Gegensatz zu den politisch weniger aktiven jüdischen Studienräten nicht einmal in den jüdischen Schulen eine Anstellung fand.¹⁷

Im nichtjüdischen Schulwesen sahen im Zuge all dieser Ereignisse manche auch ihre Chance, sich durch Denunziation gut bezahlte oder erstrebenswerte Posten zu beschaffen. Als Beispiel sei hier ein Vorgang an der Jock'schen höheren Privatschule genannt. Diese Einrichtung war eine der bekannteren Breslauer Privatschulen. Obwohl sie mit Dr. Sachs einen jüdischen Schulleiter hatte, war sie keine jüdische Schule. Hier wurden im Oktober 1933 von insgesamt 94 Schülern 20 jüdische (darunter wiederum 11 sogenannte „Frontkämpferkinder“¹⁸) unterrichtet. Eine gemischte Zusammensetzung der Schülerschaft war in der Mehrzahl der Privatschulen üblich, meist spielte die Religionszugehörigkeit in den Jahren der Weimarer Republik keine Rolle und auch welcher Religionsgemeinschaft ein Lehrer oder ein Schulleiter angehörte, war eher zweitrangig.

Dass der Schulleiter Jude war, war aber für den Lehrer Wilhelm Arendt¹⁹ der gefundene Anlass, um dessen Entlassung, wie auch die des jüdischen Lehrers Waldmann zu bewirken. Dem Beschwerdeführer ging es vordergründig nur um einen guten Posten für sich selbst.

Trotz der Entlassung des jüdischen Schulleiters nahmen 1935 noch etliche jüdische Schüler am Unterricht teil, wie einem Bericht des Lehrers Horst Cierzynski vom 18. März 1935 zu entnehmen ist. Er musste sich trotz seiner Mitgliedschaft in der NSDAP und der SA wegen seiner zu freundlichen Haltung zu den jüdischen Schülern rechtfertigen. Dazu schrieb er u.a. „... *Im Verlaufe meiner Ansprache [an die versammelte Schülerschaft] kam ich auf die unter den Schülern herrschenden Missstände zu sprechen. Zu mir, als dem ältesten Parteimitglied im Lehrerkollegium - ich bin am 1. Januar 1930 in die Partei eingetreten - waren schon des öfteren jüdische Schüler gekommen und hatten sich über das ungehörige und unkameradschaftliche Verhalten der Klassenkameraden beklagt, die in der Bewegung stehen. Nachdem ich schon öfters privatim das Verhalten diesen Schülern vorgeworfen hatte, sprach ich jetzt einmal öffentlich mein Missfallen über dieses Verhalten aus. Ich sprach da von jüdischen Klassenkameraden, nie von jüdischen Volksgenossen ...*“²⁰ Dieser für damalige Verhältnisse couragierte Lehrer tauchte danach allerdings in keiner Lehrerliste mehr auf. Es ist einer der wenigen dokumentierten Fälle, dass jemand, wenn auch vorsichtig, öffentlich Partei für jüdische Schüler ergriffen hat.

Die antisemitische Einstellung von Lehrern und Schülern in den Volksschulen und abgestuft auch in den höheren Schulen nahm seit 1933 an Umfang und Wirkung mehr und mehr zu. Es sei hier darauf verzichtet, die vielfältigen Einzelmaßnahmen, die schrittweise das Leben und die wirtschaftliche und bürgerliche Existenz der Juden zerstören sollten und zerstörten, aufzuzählen. Joseph Walk hat in seinem Standardwerk²¹ alle das Schulwesen betreffenden Bestimmungen aufgelistet. Ergänzend dazu verzeichnet die „Chronologie der Entrechtung - Entmenschlichung – Ermordung“, die Karla Wolf, Breslauerin wie Joseph Walk, in ihrem Buch²² nach Helmut Eschwege²³ wiedergibt, weitere der nahezu unzählbaren Vorschriften und Ereignisse. Das Entsetzliche war, dass all die Bestimmungen und Maßnahmen von den Nachbarn, vielen Kollegen, der Mehrzahl der nichtjüdischen Deutschen hingenommen, akzeptiert und umgesetzt wurden. All das führte dazu, dass die Repressionen gegen jüdische Kinder in den öffentlichen Schulen immer mehr spürbar wurden. Zugleich wurde von der NSDAP massiv auf den Schulunterricht Einfluss genommen. Das gelang in Abhängigkeit von der Standhaftigkeit, der persönlichen Integrität, der politischen Einstellung und der sozialen Lage - die manchen Lehrer und Schulleiter erpressbar machte - in den einzelnen Schulen in unterschiedlichem Maße, wobei Lehrer wie Schüler der "arischen" Bildungseinrichtungen sich der nationalsozialistischen Ausrichtung der Schulen und des Ausmaßes der antijüdischen Maßnahmen nicht immer bewusst waren.²⁴

Damit war ein deutlicher Paradigmenwechsel im deutschen Schulwesen eingetreten. In den öffentlichen und den gleichgeschalteten privaten nichtjüdischen Schulen stand die nationalsozialistische Ideologie an vorderer Stelle. Das zeigt u. a. ein Dokument vom 11. Mai 1933 über die Ausübung einer Schulratsstelle sehr deutlich. Durch eine Verwaltungsverfügung wird dem mit der „*Wahrnehmung der Vertretung der Stelle des beurlaubten Magistratsschulrates Schremmer²⁵ beauftragte[n] Mittelschullehrer Herr[n] Dr. Müller ... mit Rücksicht auf seine Tätigkeit für die NSDAP ... die Aufsicht über die Privatschulen*

abgenommen... "Es galt damit auch das preußisch-deutsche Beamtenverständnis nicht mehr, nach dem die Pflichterfüllung für die Aufgabe, für die ein Beamter berufen wurde, absolut an erster Stelle stand. Ähnlich eindeutig entlarvt sich das Schulwesen im nationalsozialistischen Deutschland als System ohne hohe Bildungsansprüche durch ein anderes Dokument. Im September 1933 wurden auf Weisung des Ministers Vererbungslehre und Rassenkunde als Unterrichtsfächer eingeführt. Dazu heißt es dann, dass der Stoff wenn nötig zu Lasten von Mathematik und Fremdsprachen durchzunehmen und zu prüfen sei.²⁶ Im Zusammenhang mit der Forderung des Ministers, über Schüler, die sich an „Massnahmen der nationalen Erregung und Erhebung“ beteiligt haben und deshalb versetzungsgefährdet sind, „weitherzig zu urteilen“²⁷, wird deutlich, dass das Absenken des Bildungsniveaus und der Qualität der Schulausbildung mit Absicht vorgenommen wurde.

2. Die Situation der jüdischen Schüler

Nach einer Erfassung der Schulverwaltung von 1932 befanden sich unter den 58 947 Breslauer Volksschülern in den städtischen öffentlichen Schulen²⁸ 641 jüdische Kinder²⁹, von denen allein wiederum 170 die große evangelische Volksschule "Gaudigschule"³⁰ in der Kleinburgstraße besuchten. Letzteres hing nicht nur mit der Wohnlage vieler Eltern, sondern vor allem mit der Unterrichtsqualität zusammen, die insbesondere der Rektor dieser Schule, der Demokrat und Schulreformer Hermann Gramatte, gewährleistete.

Neben der privaten jüdischen Volksschule am Rehdigerplatz (per 28.1.1933: 365 Schülerinnen und Schüler) besuchten weitere etwa 150 jüdische Kinder noch andere Privatschulen. Das waren neben den bereits erwähnten auch die Zawadzky-Schule und die Freie Waldorfschule.

Nach 1933 nahm scheinbar die Zahl der jüdischen Kinder zu. Die Ursache war, dass nun auch die jüdischen Kinder erfasst wurden, die insbesondere in den Sammelschulen (nicht konfessionell gebundenen Schulen) keinen Religionsunterricht (weder christlichen noch jüdischen) besucht hatten oder in anderen Schulen als Konfessionslose gezählt worden waren und nun als „nicht arisch“ galten. So stieg schon am 23. März 1933 die Zahl der jüdischen Kinder, die im Jahr 1932 noch mit 641 angegeben wurde, auf 704 an.

Weiterhin wurde ab Ostern 1933 jüdischen Kindern der Übergang auf die öffentlichen Gymnasien und Oberrealschulen der Stadt verwehrt, so dass auch dadurch die Zahl der jüdischen Kinder in den Volksschulen anstieg. Das ist u.a. durch die Beschwerde eines Stadtrates belegt, der ein "*hereinströmen zahlreicher jüdischer Schüler auf Grund des Numerus Clausus von den höheren Schulen in die konfessionellen Volksschulen und schwere Konflikte*"³¹ beklagte. Da zugleich zu Ostern 1933 die höhere jüdische Schule 100 Zugänge meldete, eine Zahl die in den vergangenen Jahren nie erreicht wurde³², ist ersichtlich, welche Auswirkungen bereits der Beginn der nationalsozialistischen Zeit auf die Schulwahl der jüdischen Kinder hatte. Dabei ist die Zahl der Kinder in „Mischehen“, die nicht jüdisch erzogen oder bei jüdischer Herkunft getauft und christlich erzogen wurden, und erst schrittweise durch Denunziation oder gründlichste „Sippenforschung“ als jüdische Kinder ermittelt wurden, nicht einbezogen. Allerdings zeigen auch Einzelschicksale³³ von Kindern aus Mischehen ganz besonders die Brutalität und

Unmenschlichkeit des Rassenwahns. Sie verdeutlichen zugleich, dass es nicht zutrifft, wenn behauptet wird, dass sog. „Mischlinge“ weniger oder erst später die Verfolgung aus „rassischen Gründen“ erleiden mussten. Es war vielmehr oft der Willkür der Beamten überlassen, ob sie sich an etwas einschränkende Regelungen hielten oder nicht, eine Strafe hatten sie bei Übertretung dieser Einschränkungen nicht zu befürchten.

Der deutschnationale Stadtrat Max Bergmann, der schon vorher durch entsprechende Anfragen aufgefallen war, verlangte im April 1933, alle jüdischen Kinder aus allen städtischen öffentlichen Volksschulen sofort herauszulösen. Diese Maßnahme sollte der Isolierung dienen. Sie ließ sich aber bei den damals noch geltenden Bestimmungen und vor allem mit den im Schulamt tätigen Beamten, die sich noch dem bisher geltenden Recht verpflichtet fühlten, nicht realisieren. Viele dieser Beamten verloren 1934 ihre Stellung.

Die Anzahl der jüdischen Schülerinnen und Schüler und ihre Verteilung auf die öffentlichen und privaten Volksschulen wurden nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten kontinuierlich erfasst. Eine Berichterstattung vom 12. Juni 1935 über die Schulen (Abb. 1 zeigt die erste Seite), in denen der jüdische Religionsunterricht stattfand, weist für dieses Datum noch 231 Schülerinnen und Schüler aus, die öffentliche Volksschulen besuchen.

Aber bereits am 18. Oktober 1935 hatte sich die Zahl auf 104 Kinder reduziert, die noch in 14 Gruppen am jüdischen Religionsunterricht teilnahmen, der bis dahin noch als staatlich bezahlter Unterricht in 5 Schulen gewährt wurde.

Wie viele weitere jüdische Schüler den bis dahin noch von Lehrer Bernhard Adler erteilten jüdischen Religionsunterricht nicht besuchten und der Zahl 104 noch hinzuzurechnen wären, ist nicht ersichtlich.

Die Dunkelziffer beinhaltet diejenigen, die in eine der beiden Religionsunterrichtsanstalten der Synagogengemeinde³⁴ gingen und die wahrscheinlich sehr geringen Anteile derjenigen, die gar nicht am Religionsunterricht teilnahmen.

Die Situation jüdischer Kinder in öffentlichen Volksschulen im folgenden Jahr wird durch ein Dokument vom 24. April 1936 außerordentlich deutlich gekennzeichnet. An diesem Tage wandte sich der Schulleiter der Katholischen Mädchenschule XIII, einer Schule im bekannten Pestalozzischulhaus in der Michaelisstraße 78/80, mit folgendem Schreiben an das städtische Schulamt:

„Ich erlaube mir die Anfrage, ob bezüglich der Umschulung der Judenkinder in eine besondere Judenschule schon eine Entscheidung getroffen ist?

Ich habe in meiner Klasse III/I ein 13jähriges Judenmädchen, das mich doch in meinem Kampfe gegen Juden behindert.

Heil Hitler!

Pg. Torzewski, Schulleiter³⁵

Um welche Art von „Behinderung“ es sich handelte, auf die der Schulleiter anspielte, hat er nicht mitgeteilt. Wahrscheinlich war es die bloße Anwesenheit dieser einen jüdischen Schülerin in der Katholischen Mädchenschule XIII. Dem Brief ist ein Ausschnitt aus der Zeitung „Schlesischer Erzieher“

Nr. 19 vom 9. Mai 1936 beigefügt. Darin wird beklagt, „Leider scheint die Absonderung jüdischer Schüler und Schülerinnen aus den Schulen - die doch seit 1.4.36 erfolgen sollte - ... nicht so schnell vorwärtzuschreiten.“ und gefordert, dass Schwierigkeiten verwaltungstechnischer Art „gebrochen“ werden sollen. Bei der Schülerin handelte es sich, wie der Liste vom 12. Juni 1935 zu entnehmen war, um Anneliese Ruschin, geb. am 17. Mai 1923 in Breslau. Mit ihren Eltern, Vater Isidor und Mutter Pauline, geb. Schmul, wohnte sie in der Matthiasstraße 139. Sie alle drei wurden am 13. April 1942 „nach Osten abgeschoben“ und höchstwahrscheinlich dort in Kowno ermordet. Der weitere Lebensweg des Schulleiters ist unbekannt. Er hatte sich schon 1932 als Junglehrer für die Nationalsozialisten engagiert. Das war bekannt geworden, als es einige Monate lang Beamten untersagt war, an Versammlungen der verbotenen NSDAP teilzunehmen.³⁶ Eine andere Schülerin der Katholischen Mädchenschule XIII erinnert sich, dass er gern seine Lederhandschuhe mit metallendem Druckknopf Schülerinnen bei Fehlern im Mathematikunterricht auf die Hinterköpfe schlug. Diese „Erziehungsmaßnahme“ hatte damals Eltern veranlasst, sich über den Lehrer zu beschweren. Das war allerdings noch bevor er als Schulleiter das o.g. Schreiben an die Schulverwaltung richtete.

Im August 1937 hatte die Katholische Mädchenschule XIII keine jüdische Schülerin mehr. Das ergibt sich aus der Übersicht von diesem Zeitpunkt, die noch 31 öffentliche Volksschulen mit 43 jüdischen Schülerinnen und Schülern auswies:

Nr. der ev. Schule	jüdische Schüler	Nr. der kath. Schule	jüdische Schüler
2	1	I	2
6	2	II	1
8	1	V	2
12	1	VI	1
16	6	XV	1
20	2	XXIV	1
26	1	XXXI	2
37	1	XXXIX	1
38	1	XLI	2
42	2	L	1
48	1	LV	1
59	1	Nr. der Sammelsch.	
62	1	1	1
63	1	2	1
70	1	7	1
86	1	8	1
	24		19

Tab. 1. Jüdische Schüler auf öffentlichen Volksschulen 1937

Immerhin wird aus dieser Zusammenstellung ersichtlich, dass in Breslau die „Absonderung“ der jüdischen Kinder längst nicht so schnell wie z. B. in Nürnberg und anderen Städten erfolgt ist. Wieweit es sich hierbei nur um „verwaltungstechnische Schwierigkeiten“ oder auch um Rücksichtnahme handelte, ist nicht eindeutig aus den Akten zu entnehmen. Kein Beamter wird sich schriftlich zu letzterem bekannt haben. Allerdings ist in den Breslauer Akten für diesen Zeitraum bisher auch kein Dokument gefunden worden, aus dem ein Druck auf die privaten jüdischen Schulen abzuleiten wäre, sofort alle jüdischen Schülerinnen und Schüler zu übernehmen. Trotzdem war an ihnen zu diesem Zeitpunkt aber noch eine Zunahme der Schülerzahlen zu verzeichnen, obwohl der jüdische Bevölkerungsanteil infolge Auswanderung weiterhin deutlich abnahm.

Schule	Klassen	Schüler	Lehrerstellen	davon mit Unterricht	
				> 12 Std.	< 12 Std.
Rehdigerplatz 3	9	336	21	10	11
Parallelklassen Wallstr 9	6	196	9	8	1
Am Anger 8	15	396	26	20	6
Wohl, Lothringerstr. 9	8	143	10	8	2
Gesamt	38	1071	66	46	20

Tab. 2. Jüdische Schüler an jüdischen Volksschulen 1937

Aus beiden Tabellen ergibt sich, dass am 15. August 1937 in Breslau insgesamt 1.114 jüdische Volksschüler die 4 jüdischen Schulen und 31 öffentliche Volksschulen besuchten. Außerdem werden einzelne jüdische Kinder noch in andere private Schulen gegangen sein.

3. Die Entwicklung im Bereich der höheren Schulen

Anders als im Volksschulbereich war in den öffentlichen und privaten Gymnasien und Oberrealschulen Breslaus der Anteil jüdischer Schüler stets deutlich höher, als er nach dem Anteil der jüdischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung der Stadt zu erwarten gewesen wäre. Nach der Volkszählung vom 16. Juni 1925 hatten sich in Breslau von 599173 Einwohnern 4,17 % bzw. 24993 als Israeliten in die Listen eingetragen. Aus vorliegenden Erhebungen für 1928 und 1929, die sich in der Tendenz überhaupt nicht von den vorherigen Jahren und der Zeit bis 1933 unterschieden, ergibt sich, dass jedoch 9,4 % bzw. 9,2 %³⁷ der Schülerinnen und Schüler der städtischen höheren Schulen jüdisch als ihre Religion angegeben haben. Bei Zurechnung der entsprechenden Zahlen der privaten höheren Schulen würde sich als Anteil jüdischer Kinder, die eine höhere Schule besuchten, ein Wert deutlich über 10 % ergeben. Diese Situation hat auch noch 1933/34 bestanden, als insgesamt 7.684 Schüler die städtischen und staatlichen höheren Lehranstalten der Stadt besuchten.³⁸

Der Grund dafür ist eindeutig im stärkeren Bildungsstreben in jüdischen Familien zu suchen. Das hängt u.a. mit der jahrhundertealten Erfahrung zusammenhängt, dass höhere Bildung - um mit heutigen Vokabeln zu sprechen - die beste Investition in die Zukunft ist.³⁹

1933 bestand als höhere jüdische Privatschule nur die eingangs genannte vom Jüdischen Schulverein geschaffene und der konservativen Richtung verpflichtete „Private Mittlere Schule“ als erste Ausbaustufe des Reformrealgymnasiums am Rehdigerplatz 3. Die Anzahl der diese Schule besuchenden Kinder spiegelt nicht das Größenverhältnis zwischen der liberalen Mehrheit und der konservativen Minderheit in der Synagogengemeinde wider. Auch etliche Eltern, die sich selbst zum liberalen Flügel zählten, hatten bereits vor der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten ihre Kinder auf die Rehdigerschule geschickt. Der günstige Schulweg, die antisemitischen Anfeindungen in anderen Schulen und anderes mag dafür eine Rolle gespielt haben.

Die Mehrheit der jüdischen Kinder, die höhere Schulen besuchten, ging bis 1933 jedoch auf die entsprechenden öffentlichen städtischen oder staatlichen Einrichtungen. Es war vor allem das Johannesgymnasium, dessen Schülerschaft etwa zu einem Drittel aus jüdischen Kindern bestand. Aber auch im Zwingergymnasium, im Elisabetgymnasium, im Gymnasium St. Maria Magdalena und auf der Gerhard-Hauptmann-Oberrealschule, um nur einige der Schulen zu nennen, gab es zahlreiche jüdische Schüler.

Die nach dem 31. Januar 1933 einsetzende bereits beschriebene Entwicklung veranlasste Dr. Hermann Vogelstein, nunmehr einen Schritt in Erwägung zu ziehen und auch sehr bald zu realisieren, den er all die Jahre vorher strikt abgelehnt und bekämpft hatte. Als liberaler Rabbiner, Mitglied der Schuldeputation und angesehener Repräsentant der Mehrheit der Breslauer Juden hatte er sich stets gegen den Jüdischen Schulverein gewandt und dafür gesorgt, dass dieser nicht als Einrichtung der Synagogengemeinde, sondern nur als eigenständige Organisation der konservativen Minderheit in Erscheinung treten konnte. Vogelstein war überzeugt davon, dass die Juden als fest integrierter Bestandteil des deutschen Volkes und lediglich als religiöse Minderheit keine eigenen religiösen Volks- und höheren Schulen unterhalten sollten. Den alltäglichen antisemitischen Anfeindungen während der Weimarer Republik sollte man seiner Meinung nach besser im Kontakt mit Vertretern der anderen Religionen entgegentreten, als sich zurückziehen. Er sah auch keine Notwendigkeit, dafür einzutreten, dass an den öffentlichen Schulen Bedingungen geschaffen würden, die die Einhaltung ritueller Vorschriften ermöglichte. Gleichwohl spielten für ihn die Religiosität und das Bekenntnis zum Judentum eine wichtige Rolle⁴⁰, aber untergeordnet unter alle staatsbürgerlichen Pflichten.

Er hatte sich nicht vorstellen können, dass sich nach der vorangegangenen schrittweisen Emanzipation und rechtlichen Gleichstellung der Juden in Deutschland jemals in seinem Vaterland jüdische Studienräte, die mit ihm in der rigorosen Ablehnung eigenständiger jüdischer Schulen völlig übereingestimmt hatten, eines Tages an ihn wenden und ihn dazu auffordern würden, eine eigenständige höhere Schule für die Kinder der liberalen Juden zu gründen. Aber die Studienräte, Studienassessoren und Referendare, die sich „gestern noch als normale deutsche Lehrer gesehen und gefühlt hatten“⁴¹ waren durch die Maßnahmen des nationalsozialistischen Staates und seiner willfährigen Beamten in

Breslau kurzfristig vor die Wahl gestellt worden, auszuwandern – was anfänglich die Mehrheit ablehnte – oder den Schritt zu einer eigenen Schule zu gehen. So kam es, dass bereits im Sommer 1933 der „Neue Jüdische Schulverein e.V.“ ins Leben gerufen wurde. Doch der Gedanke, sich damit vom bestehenden konservativen „Jüdischen Schulverein e.V.“ abzugrenzen und die Selbständigkeit zu bewahren, erwies sich als nicht durchführbar. Die nationalsozialistischen Behörden verwehrten Vogelstein und den liberalen Lehrern die Selbständigkeit eigener Schulen. Den Behörden genügte ein Schulverein als Träger der jüdischen Volks- und höheren Schule, da sie es sich damit ersparen konnten, zur Separierung der jüdischen Kinder eine öffentliche jüdische Volksschule zu schaffen. Der Neue Jüdische Schulverein e.V. existierte so lange, wie der nationalsozialistische Staat seinen jüdischen Bürgern eigene Vereine gestattete.

Die Existenz der privaten höheren jüdischen Schule des (alten) Jüdischen Schulvereins erwies sich zunehmend sogar als glücklicher Umstand. Dadurch war von Beginn der nationalsozialistischen antijüdischen Zwangsmaßnahmen für die jüdischen Gymnasiasten, die nun, mehr oder weniger freiwillig, aus den städtischen und staatlichen höheren Schulen wechseln wollten bzw. zum Wechseln gedrängt wurden, eine Heimstatt gegeben. Außerdem musste auch für die nachrückende Schüलगeneration, die eigentlich auf die öffentlichen Gymnasien gehen wollte und dort keine Aufnahme mehr fand, eine Lösung gefunden werden.

Diese ergab sich dann darin, dass zu den genehmigten Schulen am Rehdigerplatz eine Nebenstelle mit Volksschulkassen und Klassen der höheren Schule in dem Amtsgebäude des liberalen Rabbiners Dr. Vogelstein neben der Synagoge am Anger 8 eingerichtet wurde.

Die Konstellation der formalen Zugehörigkeit zur Rehdigerschule des Jüdischen Schulvereins barg von Anfang an Konfliktstoff, der jedoch von den Schülern nicht wahrgenommen wurde⁴² und sich heute nur aus den Akten erschließen lässt.

Zu unterschiedlich waren auch die Lehrkräfte. Im Gegensatz zu den an der Rehdigerschule waren die an der „Angerschule“ überwiegend langgediente und in jedem Fall der liberalen Richtung zuzuzählende Lehrkräfte, die bisher ihren beruflichen Weg als städtische oder staatliche Beamte eingeschlagen hatten. Die bereits in der Rehdigerschule angestellten Lehrer hatten nach ihrer Ausbildung ihre berufliche Zukunft dagegen vor allem im Privatschulwesen gesucht bzw. wegen fehlender Stellen im öffentlichen Schulwesen suchen müssen. Lehrer, die sich sehr deutlich zum Judentum bekannten und dabei auch hervorgehoben hatten, dass sie sich streng an die rituellen Vorschriften hielten, hatten es außerdem immer schwerer, eine Anstellung zu finden.

Am 10. April 1934 wurde auf Einladung von Erich Spitz im Namen des Vorstandes des Neuen jüdischen Schulvereins die Eröffnung des „religiös-liberalen Schulzweiges“ in den Räumen der liberalen Religionsunterrichtsanstalt neben der großen Synagoge am Anger feierlich begangen. Trotzdem blieb es dabei, dass es nur eine Nebenstelle der Rehdigerschule war und als Träger der (konservative) Jüdische Schulverein fungierte.

4. Die Situation der jüdischen Lehrer

Die Akten der Magistratsschulverwaltung von Breslau spiegeln nach 1933 ganz besonders das Interesse der Behörden wider, zu wissen und zu kontrollieren, welche Lehrer in den Schulen beschäftigt waren. Die jährlichen Listen zeugen davon, welches Bildungspotential diese erfahrenen und anerkannten Pädagogen verkörperten. Dieses kam nun allein den jüdischen Schülern und Schülerinnen zugute und führte zu Verbesserungen der Unterrichtsqualität.

Andere Dokumente lassen aber erkennen, dass die materiellen Unterrichtsbedingungen in den jüdischen Schulen sich schrittweise verschlechterten. Infolge der antijüdischen Maßnahmen, die in den ersten Jahren der Diktatur darauf gerichtet waren, die jüdischen Menschen und darunter natürlich auch die Lehrer zur Ausreise zu nötigen und sie dabei auf scheinbarem Wege um ihren materiellen Besitz zu bringen, nahm die Wirtschaftskraft der Gemeindemitglieder rasant ab. Dies wirkte sich auch drastisch auf materiellen Bedingungen des Schulbetriebes aus. Vor allem aber verschlechterten sich die Lebensbedingungen der jüdischen Familien, darunter natürlich der Lehrer und Schüler dramatisch. Im Winter war Unterricht in eiskalten Klassenräumen keine Seltenheit. Alle diese Bedingungen führten aber – wie Zeitzeugenberichte belegen – nicht zu Qualitätseinbußen im Unterricht, sondern zur Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls.⁴³

Die folgende Tabelle enthält die Lehrerliste der jüdischen Volksschule (Rehdigerschule) vom 4. Mai 1934 sowie ein Verzeichnis vom 14. Mai 1935 aus dem hervorgeht, wer zusätzliche Lehrveranstaltungen gab, um Schulentlassene auf die Auswanderung oder ein Leben in einen Land ausserhalb ihrer Heimat vorzubereiten. Diese Zusatzveranstaltungen konnten in der Regel vom Schulverein nicht mehr gesondert bezahlt werden.

Daniel, Lotte,
Daniel, Rudolf
Dawidson, Alwine
Feilchenfeld, Heimann
Freier, Baruch
Glogauer Herta
Hadda, Berta geb. Simlinger
Hemmerle, Maria
Hoffmann, Rosa
Landsberg, Ruth
Lewin, Louis
Lewin, Richard
Manasse, Hilde
Rosenstein, Franz
Savel, Elsa
Tichauer, Davoid
Wagschall, Wilhelm
Walk, Josef
Zarek, geb. Falk, Ella
Aaron, Daniel
Cohn, Alfred
Davidson, Wolf
Dr. Fischer, Ernst
Dr. Goldmann, Frieda
Dr. Halperson, Rubin
Horwitz, Hulda
Jacoby, Paul
Lewin, Edith

Merkt Heinrich
Dr. Oelsner, Alice
Reich, Betty
Remak Annelotte
Schäffer, Rudolf
Schüller, Alice
Tarnowsky, Margot
Tausk, Herta
Wesel, Albert
Heckscher, Siegfried

**Lehrkräfte für Lehrveranstaltungen für
Schulentlassene und Abendkurse**

Dr. Herbert Fischer
Theo Pinczower
Rabb. Simonsohn
Rabb. Vogelstein,
Dr. jur. Rudolf Breitbart
Georg Joel, gepr. Gerichtsreferendar
Alfred Cohn
Dr. Ernst Fischer
Dr. Franz Fink
Hermann Feilchenfeld
Alice Schüller, Stud.Rat.
Dr. Frieda Goldmann
Rose Bluhm, Studrätin
Max Feuchtwanger
Dr. Alice Oelsner

Tab. 3: Verzeichnis der Lehrer an der jüdischen Volksschule Rehdigerplatz 3 (1934)

Ähnlich groß war die Lehrerschaft, die an der Schule Am Anger 8 beschäftigt war. Die nachfolgende Liste stammt aus dem Jahresschulbericht, den der auch für die Volksschulklassen Am Anger zuständige Schulleiter Heimann Feilchenfeld abgegeben hatte. Diese meisten Lehrkräfte unterrichteten sowohl die „gehobenen“, d.h. Gymnasialklassen, im Schulhaus als auch die Volksschulklassen Am Anger 8.

Zuname,Vorname, Befähigung	Zuname, Vorname, Befähigung
Braun, Willy, Unterrichtserlaubnisschein	Markt, Heinrich, Unterrichtserlaubnisschein Dr.
Cohn, Alfred, Studienrat. i.R.	Oelsner, Alice, Studienassessorin i.R.
Davidson, Wolff, akadem. Religionslehrer.	Dr. Pese, Herbert, Unterrichtserlaubnisschein
Eisner, Marie, Oberschul-Lehrerin	Reich, Betty, Oberschul-Lehrerin
Dr. Fink, Franz , Studienassessor i.R.	Remak, Annelotte, Studienassessorin i.R.
Dr Fischer, Ernst, Studienrat. i.R.	Dr. Sängler, Jakob, Rabbiner
Fischer, Gertrud, Lehrbefähigung	Schäffer, Rudolf, Studienrat. i.R.
Freundlich, Willy, Volksschul-Lehrer	Schmidt, Ilse, Mittelschullehrerin.
Dr. Goldmann, Frieda, Studienrätin. i.R.	Schüller, Alice, Studienrat. i.R.
Horwitz, Hulda, Volksschullehrerin i.R.	Schwerin, Kurt, Unterrichtserlaubnisschein
Jacoby, Paul, Studienassessor i.R.	Seekel, Emmy, Studienrätin i.R.
Klüger, Clementine, Lehrbefähigung	Tarnowski, Margot, Lehrbefähigung.
Dr. Kober, Hermann, Studienrat. i.R.	Tausk, Hertha, Unterrichtserlaubnisschein
Korn, Alice, Studienrätin. i.R.	Wechsberg, Bernhard, Cand.theol ⁴⁴ .
Lewin, Edith, Turn- und Sportl.ehrerin	Wesel, Albert, Volksschullehrer
Dr. Lewkowitz, Albert, Rabbinerseminardozent	

Tab. 4: Lehrerliste Schule Am Anger vom 4. 5. 1936

Bei den in diesen Listen verzeichneten Lehrern handelte es sich aber nicht um alle jüdischen Lehrer in Breslau.

Weitere Lehrer unterrichteten noch in der Schule von Gertrud Wohl. Sie hatte 1934 nach der Emigration von Gertrud Brann nach Palästina deren Schüler und einige Lehrer übernommen.

Boehring, Margarete (kat), (geb.1896), Lehrbef. für Höhere Schulen, 4
Wochenstd.

Frohmann, Deroba, (geb.1911), Volksschullehrerin, 28 Wochenstd.

Herbell, Dora, (geb.1895), Lehrbef. für Höhere Schulen, 18 Wochenstd.

Jerovski, Kirta, (geb.1890), Sportlehrerin, 5 Wochenstd.

Karfunkelstein, Margarete, (geb.1890), Examinierter Lehrerin. f. Höh.Sch., 17
Wochenstd.

Manasse, Hilde, (geb.1890), Lehrerin, 6 Wochenstd.

Singer, Jacob, (geb.1896), Relig.Lehrer, 26 Wochenstd.

Suckow, Liesbeth (ev.), (geb.1899), Jugendleiterinnen Examen, 15 Wochenstd.

Tischler, Heinrich, (geb.1892), akad. Maler, 8 Wochenstd.

Waldmann, Karl, (geb.1897), Mittelschullehrer, 29 Wochenstd.

Wohl, Gertrud, (geb.1887), Lehrbef. Höh.S, 17 Wochenstd.

Tab. 5: Lehrerliste Schule von Gertrud Wohl von 1938

Eine vollständige separate Liste der Lehrer der Gymnasialklassen am Rehdigerplatz befindet sich nicht in den Akten der Magistratsschulverwaltung, da der höhere Schulbetrieb der Aufsicht der Schulabteilung des Regierungspräsidiums unterstand. Da die Mehrzahl der Lehrer jedoch in allen Schulzweigen unterrichtete, sind die in der Liste der Volksschullehrer in der Schule am Rehdigerplatz aufgeführten Lehrer auch als Lehrer in den höheren Klassen anzutreffen. Diejenigen Lehrer, die ausschließlich in den höheren Klassen Unterricht gaben, insbesondere die Sprachlehrer, z.B. Salo Alfred Sklarz, sind deshalb in den Verzeichnissen, die an die Magistratsschulverwaltung gingen, nicht enthalten.

Durch das stetige Herausdrängen der jüdischen Schüler aus den öffentlichen Schulen vergrößerte sich trotz der Ausreise vieler Familien die Schülerzahl in den jüdischen Schulen kontinuierlich, so dass weitere zusätzliche Räume benötigt wurden. So musste bereits 1936 aus Platzgründen auch in der Wallstraße 9 und in anderen Gebäuden Unterricht erteilt werden. Nachdem in den ersten Jahren noch die Nutzung städtischer Sportplätze möglich war, konnte kurzzeitig auf den Sportplatz des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten ausgewichen werden, bis auch dieser vom Staat enteignet wurde.

Ein Revisionsbericht aus dem Jahr 1937 gibt einen Einblick in die Schulbedingungen. Im Übrigen wurde in diesem Bericht, wie in den vorangegangenen, der Fleiß und das Engagement der Lehrer als „gut“ hervorgehoben.

"Beschaffenheit der Schulräume Am Anger 8 (Revisionsbericht der Magistratsschulverwaltung v 28.6.1937)

5 Klassenzimmer im 1. Stock (zugleich Unterrichtsräume der Religionsunterrichtsanstalt II der Synagogengemeinde), 5 Klassenräume im 2. Stock, dazu Physikraum, 3 Klassenzimmer im 3. Stock, dazu Aula (Musik- und Turnraum), Werkraum und Zeichensaal. Da der Turnraum kaum Geräte besitzt, findet der größere Teil des Turnunterrichts in der Turnhalle des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, Neue Gasse, statt; Turnspiele auf dem Sportplatz desselben Vereins in Krietern. Der Werkunterricht der obersten Klassen findet in einem von der Firma R. Standfuss, Kupferschmiedestr. 39 zur Verfügung gestellten Werkraum, der hauswirtschaftliche Unterricht in den Räumen der Paula Ollendorff-Haushaltungsschule Kirschallee statt."⁴⁵

Die bereits erwähnten Spannungen zwischen einem Teil der Lehrerschaft in der Schule Am Anger 8 („Neuer jüdischer Schulverein“) mit dem „Jüdischen Schulverein“ wurden ganz besonders im Zusammenhang mit einem Antrag einer Gruppe liberaler ehemaliger Gymnasiallehrer auf Genehmigung einer eigenständigen privaten jüdischen Mittelschule sichtbar. Sie gingen dabei von folgender Wunschstruktur aus.

Jüdischer Schulverein e.V.

[Sitz: Rehdigerplatz 3]

- a) Volksschule, Leiter: Rektor Feilchenfeld,
Ostern 1936: 509 Schüler
- b) Jüdisches Reformrealgymnasium
i.E. für Knaben und Mädchen, Leiter Dr. Abt,
Ostern 1936: 466 Schüler

Neuer Jüdischer Schulverein e.V.

[Sitz: Am Anger 8]

- a) Volksschule
Leiter ebenfalls Rektor Feilchenfeld
mit Zusatzkursen: Okt. 1936: 411
Schüler
- b) ihr angegliederte Oberkurse
Leiter StR. i.R. Schäffer
Oktober 1936: 43 Schüler

Ihr Ziel war es erneut, das „wirtschaftlich, verwaltungsmäßig und schultechnisch selbständige Schulwerk am Anger“ auch schulrechtlich selbständig zu gestalten. Das beantragte Schulwerk sollte Grundlage für ein späteres Fortkommen in Palästina und im sonstigen Auslande sein. Weiter heißt es, dass „bei der fortschreitenden wirtschaftlichen Verarmung vieler Breslauer jüdischen Familien den Verhältnissen Rechnung getragen und deshalb die Möglichkeit geschaffen werden muß, den Kindern eine abgeschlossene Schulausbildung (Mittelschule) schneller zu vermitteln, als dies auf einer höheren Schule zugänglich ist.“ Als vorgesehener Konzessionsträger wird Oberstudienrat i.R. Dr. Eugen Freund, Schwerinstraße 45/47 angegeben. Der Antrag wurde vom Vorstand des Neuen Jüdischen Schulvereins, Dr. Guttmann, Obermagistratsrat i.R. und Dr. Kohn, Landgerichtsrat i.R. unterzeichnet, hatte aber keinen Erfolg. Das Ziel der Antragsteller ist aus damaliger Sicht verständlich, weil kaum jemand all das für möglich hielt, was sich in der kommenden Zeit noch ereignen sollte. Neben der Ablehnung durch das Regierungspräsidium, die der Oberbürgermeister am 10. Juni 1937 mitteilte, kritisierte auch der Jüdische Schulverein den Antrag, da er nur von einzelnen Lehrern gestellt wurde und „nicht einem tatsächlichem Bedürfnis ... sondern den persönlichen Wünschen der Gesuchsteller“⁴⁶ entspreche.

Hierbei dürften die persönlichen Wünsche sich vor allem auf die illusorischen Erwartungen an die Zukunft der Juden in Deutschland und speziell in Breslau bezogen haben. Trotz aller bis dahin eingeleiteten Maßnahmen der Entrechtung und Unterdrückung hielten viele der liberalen Richtung zuzuordnenden Lehrer an Hoffnungen fest, die sich bald als unreal erweisen sollten.

Der Jüdische Schulverein schätzte zu diesem Zeitpunkt bereits nüchterner ein, dass die bestehenden Schulen an den drei Standorten Rehdigerplatz 3, Wallstraße 9 und Am Anger 8 mit derzeit etwa 900 Schülern ausreichen und dass sich die Schülerzahl in der weiteren Zeit durch „Abwanderung“ stark verringern werde.

Am 27. Dezember 1938 beantragte Gertrud Wohl die Genehmigung zur Schließung ihrer Schule. Zu Beginn des Winterhalbjahres 1938/39 hatte die damals kurz vor ihrem 60. Geburtstag stehende Schulleiterin noch 105 Schülerinnen und Schüler (37 Mädchen und 68 Jungen), am 2. Mai 1939 waren es dagegen nur noch insgesamt 42. Sie hatte zu Anfang des Jahres 1937 ebenfalls um die Genehmigung gebeten, eine Mittelschulbildung vornehmen zu dürfen. Ihren Antrag, der aber am 22. November 1937 abgelehnt wurde, hatte sie damit begründet, dass dadurch die Schülerinnen und Schüler „ein besseres Fortkommen beim Abwandern ins Ausland ermöglicht ... bekommen“.⁴⁷

Die bald darauf erfolgte Aufgabe ihrer Schule war sowohl ein Ausdruck der persönlichen Resignation von Gertrud Wohl nach den Pogromen im November 1938, die auch ihr das bevorstehende Ende jeglicher Existenzmöglichkeiten deutlich gemacht hatten, als auch der damit verbundenen schnellen Verringerung der Schülerzahlen.

Die am 27. Oktober 1878 geborene Gertrud Wohl hatte den Unterrichtserlaubnisschein am 22. März 1898 erworben und danach ihr ganzes Leben in den Dienst für eine gute Ausbildung gestellt. In den Jahren der Weimarer Republik⁴⁸ gehörte sie zu den Wortführerinnen der Privatschulunternehmerinnen, die sich dafür eingesetzt hatten, dass diese Schulform weiter existieren konnte. Oftmals nahm sie damals den öffentlichen Schulen problematische Schüler ab und ermöglichte ihnen eine individuelle Betreuung.

4. Ende des jüdischen Schulwerkes

Über die Ereignisse im Zusammenhang mit den Pogromen im November 1938 ist in den Akten der Magistratsschulverwaltung nichts direkt enthalten. Indirekt sind jedoch deutliche Bezüge vorhanden. So ist über die Beschlagnahme und Verlegung der Angerschule, neben der nun die große Synagoge zerstört war und der sich außerdem gegenüber, neben der Polizei auch noch die Gestapo einquartiert hatte, im Jahresschulbericht 1938/39⁴⁹ nur zu lesen: „...bis Nov. 1938 Anger 8, seit Nov. 1938 Wallstr. 9 und zwar 4 Klassenzimmer im 3. Stock, 5 Klassenzimmer im 2. Stock, 1 Werkraum im Erdgeschoß, Turnhalle Handelgasse 16“. Weiter heißt es, dass dort 288 Schüler, darunter 152 Mädchen, von 27 Lehrern unterrichtet wurden. Die Lehrerzahl der bisherigen „Angerschule“ hatte sich zugleich gegenüber dem letzten Bericht auch um acht Personen verringert. Als Grund wurde Auswanderung und Tod sowie der Weggang von Oberstudienrat Dr. Eugen Freund an das Jüdische Reformrealgymnasium Berlin genannt.

Hinter „Auswanderung und Tod“ verbergen sich auch die Verhaftungen und Verschleppungen nach Buchenwald im Zusammenhang mit den Novemberpogromen. Die dort erfolgten Misshandlungen und Ermordungen und die in den Tagen danach registrierten Todesfälle an den Folgen der Haft⁵⁰ werden in den Akten der Schulverwaltung nicht erwähnt. In der Folge nahmen die „Auswanderungen“ schlagartig zu, denn nun waren auch diejenigen desillusioniert, die bis dahin noch daran geglaubt hatten, dass es nicht schlimmer kommen würde und dass der „Nazi-Spuk“ bald ein Ende haben würde. Vielfach waren es regelrechte Vertreibungen, da Haftentlassungen oft nur unter der Bedingung der schnellsten Ausreise gewährt wurden.⁵¹

Am 21. Februar 1939 wandte sich der Schulleiter Dr. Pollack, der im November 1938 aus Hindenburg neu an die Schule gekommen war, an den Regierungspräsidenten schon mit der Bitte „... *die mir für die Private Jüdischen Volksschule, Wallstraße 9 (früher Anger 8) nebst den gehobenen Klassen übertragene Konzession entsprechend dem Vorschlage des Neuen Jüdischen Schulvereins e. V. vom 13. des Monats anderweitig zu vergeben...*“. Seine Nachfolgerin, Frau Dr. Frieda Goldmann, erhielt die Genehmigung zur Leitung der Schule „Am Anger 8“, die jedoch zu diesem Zeitpunkt bereits an dieser Adresse nicht mehr bestand, sondern im Gemeindehaus in der Wallstraße 9 bzw. ebenfalls mit im Schulhaus Rehdigerplatz 3 untergebracht war.

Das ergibt sich aus in einem Dokument vom 27. Dezember 1939. Dort ist lakonisch zu lesen:

„... die private jüdische Schule mit gehobenen Klassen befindet sich von nun ab im Grundstück Rehdigerpl 3 ... Sämtliche Volksschulklassen vom Anger 8 bzw. Wallstr. sind auch zu Klassen im Rehdigerplatz vereinigt worden...“

Unter all diesen Umständen hatte es zweifellos schon 1937 besonderen Mut erfordert, einen Antrag auf Staatszuschuss für die Unterhaltung des Schulbetriebes zu stellen. Nach geltender Rechtslage war das nicht verboten. Die zu erwartende Ablehnung erfolgte am 21. Januar 1938. Ebenso lehnte das Regierungspräsidium am 13. Mai 1939 den Stundenplan wegen des darin enthaltenen Französischunterrichts ab. Es war eine der vielen kleinen Formalien, mit denen die Behörden versuchten, die jüdischen Schulen daran zu hindern, ihre Kinder besser auszubilden und ihnen Qualifikationen zu vermitteln, für die im anderen, „arischen“, Schulbetrieb infolge der Überbetonung der Körperertüchtigung und solcher Fächer wie Rassenkunde immer weniger Zeit zur Verfügung stand. Nach Intervention durch Frau Dr. Goldmann wurde der Französischunterricht dann als wahlfreie Alternative anstelle des Englischen doch noch gestattet.

Im Winterhalbjahr 1939/40 wurden im Schulhaus Rehdigerplatz 3 noch 321 Schüler/innen, darunter 316 jüdische, 2 evangelische und 3 glaubenslose in den Klassen: VIII, VII, VI, V, III, II, I, IIIk, IIk, Ik, a und b unterrichtet⁵². Noch wurde die alte Zählweise der Schulklassen beibehalten. Die anderen formalen Unterschiede zwischen Volksschule und höherer Schule waren inzwischen bei den nicht mehr gegebenen Lebenschancen in Deutschland belanglos geworden. Jetzt zählte für die durch Auswanderung immer kleiner werdende Zahl jüdischer Kinder in Breslau nur noch die Bildungsvermittlung, die auf das Alter und die Fähigkeiten der Kinder abgestimmt wurde. Das fand dann auch in den Klassenbezeichnungen seinen Niederschlag. Die Klassen IIIk, IIk und Ik waren Kurs-Klassen

mit speziellem Unterricht, die Klassen "a" und "b" waren Aufbauklassen für besonders begabte bzw. Jugendliche, die eigentlich das Gymnasium abgeschlossen hatten und normalerweise schon studieren würden.

Die Gebäude in der Wallstraße, die der Synagogengemeinde gehörten, wurden inzwischen zunehmend als Ersatz für andere Einrichtungen benötigt, die ihr oder anderen jüdischen Vereinen in Breslau von der nationalsozialistischen Staatsmacht entzogen wurden, so zum Beispiel das Waisenhaus in der Gräbschnerstraße, Altenheime, Krankenstation usw.

Mit der Ausreise vieler Familien wuchs das Bedürfnis nach Sprachlehrgängen ganz besonders. Das Sprachproblem war neben den finanziellen Voraussetzungen eine der größten Hürden, die manche Familie veranlasste, lieber in der Heimat auszuharren, immer in der Hoffnung, dass es nicht so schlimm kommen werde. Diesem gestiegenem Bedürfnis nach Sprachlehrgängen kamen Sprachlehrer und andere Sprachkundige mit entsprechenden Angeboten nach. Obwohl das noch in einer Zeit erfolgte, in der offiziell die Absicht des Staates vorherrschte, Juden zur Ausreise zu bewegen, wurden Bemühungen um Sprachlehrgänge keineswegs unterstützt, war das Genehmigungsverfahren für einen solchen Lehrgang eine ausgeklügelte Schikane.

Die Lehrgänge selbst, wie z. B. der von der „Beratungsstelle der Synagogengemeinde Breslau“ am 31. August 1938 beim Polizeipräsidium beantragte Englisch-Lehrgang, den Ernst Hamburger durchführen wollte, wurde wie alle anderen Schulaktivitäten von der Gestapo-Leitstelle Breslau bearbeitet und schließlich mit Auflagen genehmigt. Die Durchführung unterlag dann ebenfalls einer schikanösen Kontrolle durch die Gestapo. Verstöße gegen Auflagen, z.B. bezüglich der Dauer, der Anzahl der Teilnehmer, der Beschränkung, dass keine Ausländer oder „zuwandernde Juden“ teilnehmen durften usw., waren Anlässe für Verhaftungen und strenge Strafen. Außerdem hieß es in der Genehmigung vom 27. September 1938 *„Auch wird erwartet, dass diejenigen Personen, die an dem Kursus teilgenommen haben, von der Auswanderung Gebrauch machen“*.⁵³

Ständig schufen die Nationalsozialisten neue Möglichkeiten, um das Leben der in Deutschland noch verbliebenen jüdischen Deutschen einzuschränken und sich ihren Besitz anzueignen. Dazu ist auch das Verfahren zu rechnen, mit dem ab 1940 in Breslau noch vor dem Erlass, der die „Beendigung der Beschulung jüdischer Kinder“ zum 1. Juli 1942 verfügte, die Enteignung des Schulhauses Rehdigerplatz 3 betrieben wurde. Vorher, schon 1936, war die „Nachweisung des Grundbesitzes privater Schulen, der im Rahmen staatlicher Aufgaben genutzt wird“ vorgenommen worden. Danach verfügte der Jüdische Schulverein e.V. Breslau am Rehdigerplatz 3 über folgenden Grundbesitz:

1.999 m², davon 658 m² bebaut mit folgenden Nutzern:

1. Private jüdische Volksschule
2. Jüdisches Reform-Realgymnasium
3. Abraham-Mugdan-Synagoge
4. Wohnung des Schulwartes⁵⁴

Vom Zeitraum Mitte 1940 an liegt ein umfangreicher Schriftwechsel über das Schulhaus am Rehdigerplatz zwischen der Synagogengemeinde einerseits und der städtischen Schulverwaltung, der Provinzialregierung und der Wehrmacht, konkret der Verwaltung des Luftgaukommandos VIII, andererseits vor. Dazu gehört dieses nachfolgende Schreiben:

„Abschrift !

Igk VIII

Verwaltung II/2

Breslau 14, den 27. August 1940

Akt.Z. 63 f – Rehdigerplatz 3.

E i n s c h r e i b e n !

An den

Jüdischen Schulverein e.V.

Breslau

Rehdigerplatz 3

Das Grundstück Br, Rehdigerpl. 3 wird für Zwecke der militärischen Luftfahrt benötigt. Es muß deshalb auf Grund des Reichsleistungsgesetzes mit sofortiger Wirkung beschlagnahmt werden. Eine Räumung des Grundstückes ist zur Zeit nicht erforderlich. Sobald das Grundstück in Anspruch genommen und eine Räumung erfolgen muß, erhalten Sie weitere Mitteilung.

Im Auftrage:
gez. Unterschrift⁴⁵⁵

Auf diese Ankündigung der Beschlagnahme des Grundstückes und Gebäudes, angeblich für den Zweck, darin eine Ausbildungsstätte für die Luftwaffe zu schaffen, versuchte die Stadtverwaltung zeitweilig, der Rehdigerschule die weitere Existenz in diesem Gebäude zu sichern. Da der Wehrmacht bessere, geeignetere leerstehende Räume in Gebäuden der Stadt angeboten werden konnten, wurde deutlich, dass es gar nicht darum ging, dass die Rehdigerschule für den angeblichen Zweck besonders geeignet war, sondern dass es ganz offensichtlich ein vorgeschobenes Argument war, um in Breslau die schulische Bildung für die jüdischen Kinder zu verhindern.

Zugleich handelt es sich um ein Dokument, das auch die Verstrickung der Luftwaffe in den Terror gegen die jüdische Bevölkerung belegt.

(Kopie)

„Briefabschr auf Originalbriefkopfbogen:
Der Oberbürgermeister der Hauptstadt Breslau
31.8.40

Auf Ihre Nachricht, daß ..., muß ich ihnen mitteilen, daß ich mich mit dieser Beschlagnahme nicht einverstanden erklären kann und dagegen Einwendungen erhebe. erscheint es zweckmäßiger, die Luftwaffenschule gleich in den Räumen unterzubringen, die als Ersatzräume für die jüdische Schule zur Verfügung gestellt werden müßte.

Da in Breslau eine große Zahl von Großraumwohnungen bzw. gewerblichen Räumen zur Zt. nicht genutzt werden, dürfte es sich empfehlen, wenn von dort aus geeignete Räume für die Luftwaffenschule ermietet würden. Ich bin gern bereit, durch mein Quartieramt dafür geeignete Räume, die sich zur Ermietung eignen, vorzuschlagen.

i. V.

Dr. Giebler, Stadtrat
beglaubigt.

Unterschrift
Stad insp.
(Abschrift)⁵⁶

Es kann nicht mit Sicherheit angegeben werden, ob dieser Brief auch wirklich abgesandt wurde. In Verhandlungen mit dem Luftgaukommando zeigten sich die städtischen Vertreter sehr einsichtsvoll für die Forderungen der Luftwaffe. Insbesondere wollte sich wohl niemand dem Vorwurf aussetzen, Juden unterstützt zu haben. Gab es doch inzwischen die Regelung, dass die Juden ganz allein für die Erteilung von Unterricht an ihre Kinder verantwortlich und zuständig waren, obwohl ihnen mittlerweile dafür alle wirtschaftlichen Voraussetzungen fehlten.

Der Kampf der jüdischen Lehrer und des Vorstandes der Kultusvereinigung für den Erhalt des Rehdigerschulhauses blieb erfolglos. Es kam zur Räumung des Hauses zum 1. Januar 1941. Aus einem Vermerk des Schulamtes auf der Rückseite der Verfügung vom 17. November 1940, in dem es heißt:

„Nach der nunmehr mir zugegangenen Verfügung des Luftgaukommandos Breslau VIII vom 29.10.1940 wird das Grundstück Rehdiger Platz 3 vom 1. Januar 1941 ab vom Luftgaukommando VIII in Anspruch genommen. Für die anderweitige Unterbringung der Schüler haben Sie nach den gesetzlichen Vorschriften selbst Sorge zu tragen. ...“;

geht hervor, dass sich das letzte offizielle Domizil der jüdischen Schulen von Breslau 1941 in der Neuen Graupenstraße 3/4 befand.⁵⁷ Nach Frau Dr. Frieda Goldmann, die bis September 1941 Schulleiterin war, übte dieses Amt Frau Dr. Gertrud Weyl zumindest bis Mai 1942 aus. Wie aus einem Brief der Synagogengemeinde an den Oberfinanzpräsidenten vom 19. Juni 1941 hervorgeht, wurde auch noch versucht, Lehrgänge für besonders begabte Kinder durchzuführen. Hans Ephraim, der in diesem

Dokument genannt wird, wurde mit 1004 anderen jüdischen Deutschen, darunter 66 Kindern im Alter bis zu 10 Jahren, am 25. November 1941 mit dem ersten großen Transport, wie es hieß, „abgeschoben“ und dann in Kowno ermordet.⁵⁸ Bisher sind 919 Personen dieses Transportes namentlich bekannt.

Das Ende des jüdischen Schulwesens in Breslau, das offiziell auch mit dem Erlass vom 20. Juni 1942 über die Schließung aller jüdischer Schulen und des Verbotes der "Beschulung" jüdischer Kinder verfügt wurde, war noch nicht das Ende der Bemühungen der verbliebenen Lehrer um die verbliebenen Schulkinder. Karla Wolf schreibt darüber: "... Zu Anfang machten die Lehrer noch Versuche, uns zu beschäftigen und zusammenzuhalten. Es bildeten sich Gruppen, und mit je einem Lehrer gingen wir auf den alten jüdischen Friedhof auf der Lohestraße und säuberten Gräber und Wege... und die Lehrer gaben während der Arbeit auch ein wenig Unterricht. Einen Tag sprach man nur englisch, ein anderes Mal gab es Fragen in Geschichte und Geographie. ... Aber lange hielt diese Beschäftigung nicht an, es war nur ein Zwischenspiel."⁵⁹

In der so genannten "Wannseekonferenz" am 20.1.1942 war der Plan zur Ermordung der in Deutschland verbliebenen deutschen Juden wie aller ihrer Glaubensgenossen in den überfallenen und besetzten Ländern Europas und Nordafrikas endgültig beschlossen worden. Das deutsche jüdische Schulwesen sollte damit auch für immer ausgelöscht werden. Indem die Erinnerung an die Vergangenheit aufrechterhalten wird, wird dokumentiert, dass dieses Ziel von den Nationalsozialisten nicht erreicht wird.

Zum Autoren:

Roland B. Müller, geb. 1942, Dr. oec.; Historiker / Rentner, Dresden

Anhang:

1. Blatt 1 der Namensliste vom 12. Juni 1935
2. Klassenfoto Angerschule
3. Schulhaus Rehdigerpl. 3
4. Schulhaus Plac I. Pereca
5. Brief vom 24.04.36 (Torzewski)

Abb. 1 Erste Seite der Liste der jüdischen Schüler, die am 12.06.1935 noch öffentliche Volksschulen in Breslau besuchten

Oberbürgermeistr. Breslau Schul- u. Bildungsamt Eing. 1 2. JUN. 1935		Nachweisung der jüdischen Volksschulkinder.			
Nr.	Zu - und	Vorname	Schule	Klasse	Bemerkung
A. Evangelische Schulen.					
1	Glaser	Ursula	1	2	<i>Maryaschulz 2</i>
2	Fuß	Jrmgard	2	VI	
3	Gründel	Johanna	4	IIb	<i>Maryaschulz 2</i>
4	Sternberg	Jlsegret	"	"	
5	Gründel	Margot	"	VIIb	"
6	Fischel	Heinz	5	IVa	
7	Ruben	Erika	6	II	
8	"	Marianne	"	IVa	
9	"	Jlse	"	VIa	
10	Calvary	Edith	"	Va	
11	Juliusburger	Jnge	"	"	<i>Jalust 3/5</i>
12	Sußmann	Jlse	"	"	"
13	Wolff	Henni	"	"	
14	Lesse	Ellen	"	VIIa	"
15	Sußmann	Werner	"	VIIb	"
16	Ruß	Horst	"	"	"
17	Meyer	Ruth	"	IIIa	<i>" abgemangelt mit von jüd. Pfl.</i>
18	Witkowski	Anneliese	7	IIIa	
19	Bialas	Jrmgard	10	VIIb	
20	Gründel	Rudolf	17	V	<i>Maryaschulz 2 Jalust 3/5</i>
21	Leiser	Hans	18	II	
22	Siedner	Alfred	"	"	"
23	"	Wolfgang	"	IVb	"
24	Müller	Heinz	"	"	"
25	Eichwald	Walter	"	VIIb	"
26	Tuch	Rudolf	"	"	"
27	"	Harri	"	VIIb	"
28	"	Sigbert	"	VIIIb	"
29	Marienfeld	Kurt	"	I	"
30	Bergmann	Bernhard	"	IIIa	"
31	Kustoß	Georg	"	"	"
32	Notzmann	Ludwig	"	IVa	
33	Prenzlau	Georg	"	VIa	

Abb 2: Klassenfoto aus der Angerschule



Abb 3: Schulhaus Rehdiger Platz



Abb. 4: Stadtplan mit Schulhaus ehem. Rehdigerplatz 3, jetzt: Plac Pereca.
Heute ist der Durchgang vom Platz (Nr. 3) mit einem Wohnhaus geschlossen,
dafür ist das angrenzende Grundstück der ehem. Opitzstrasse dem Schulhaus zugeordnet worden

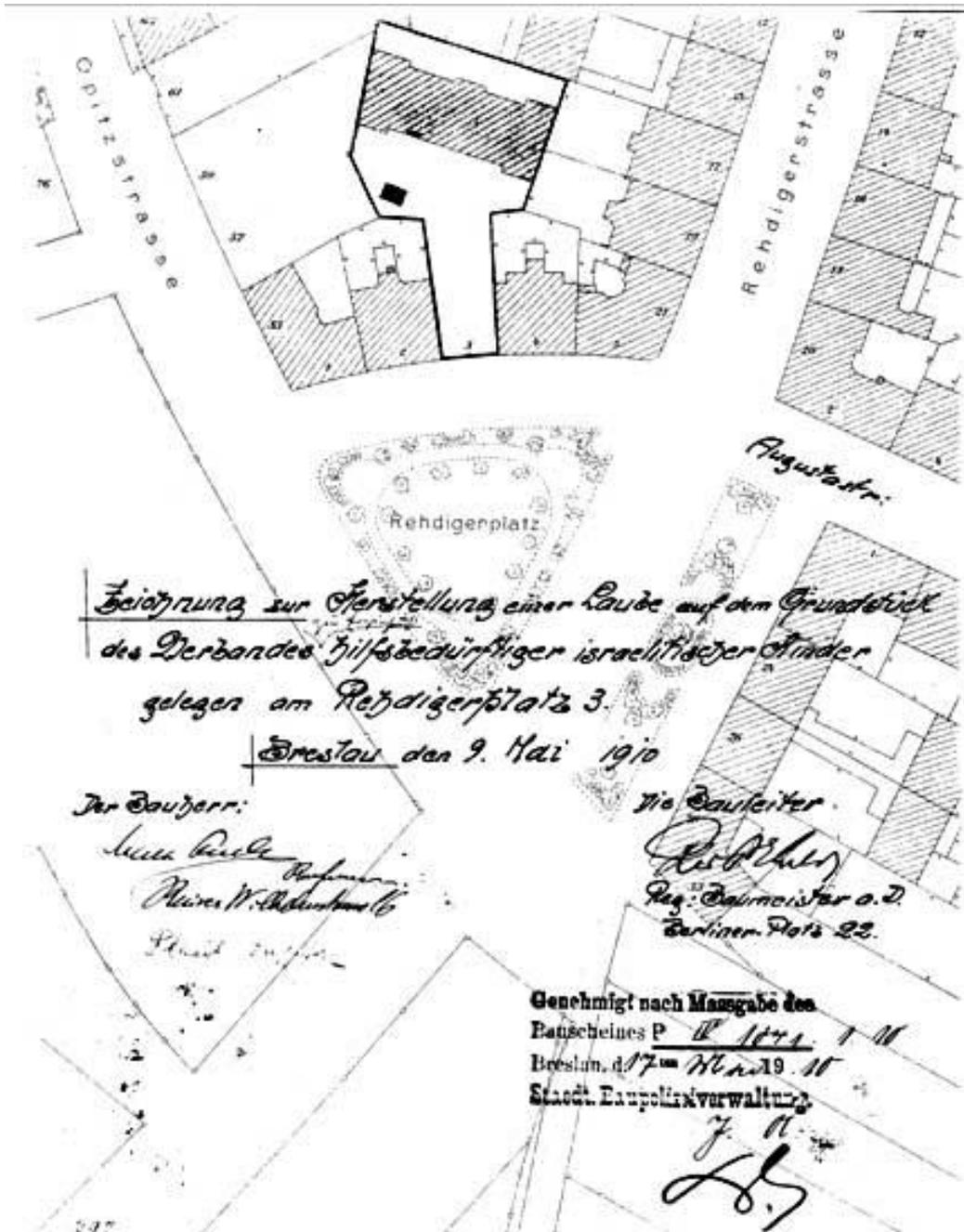
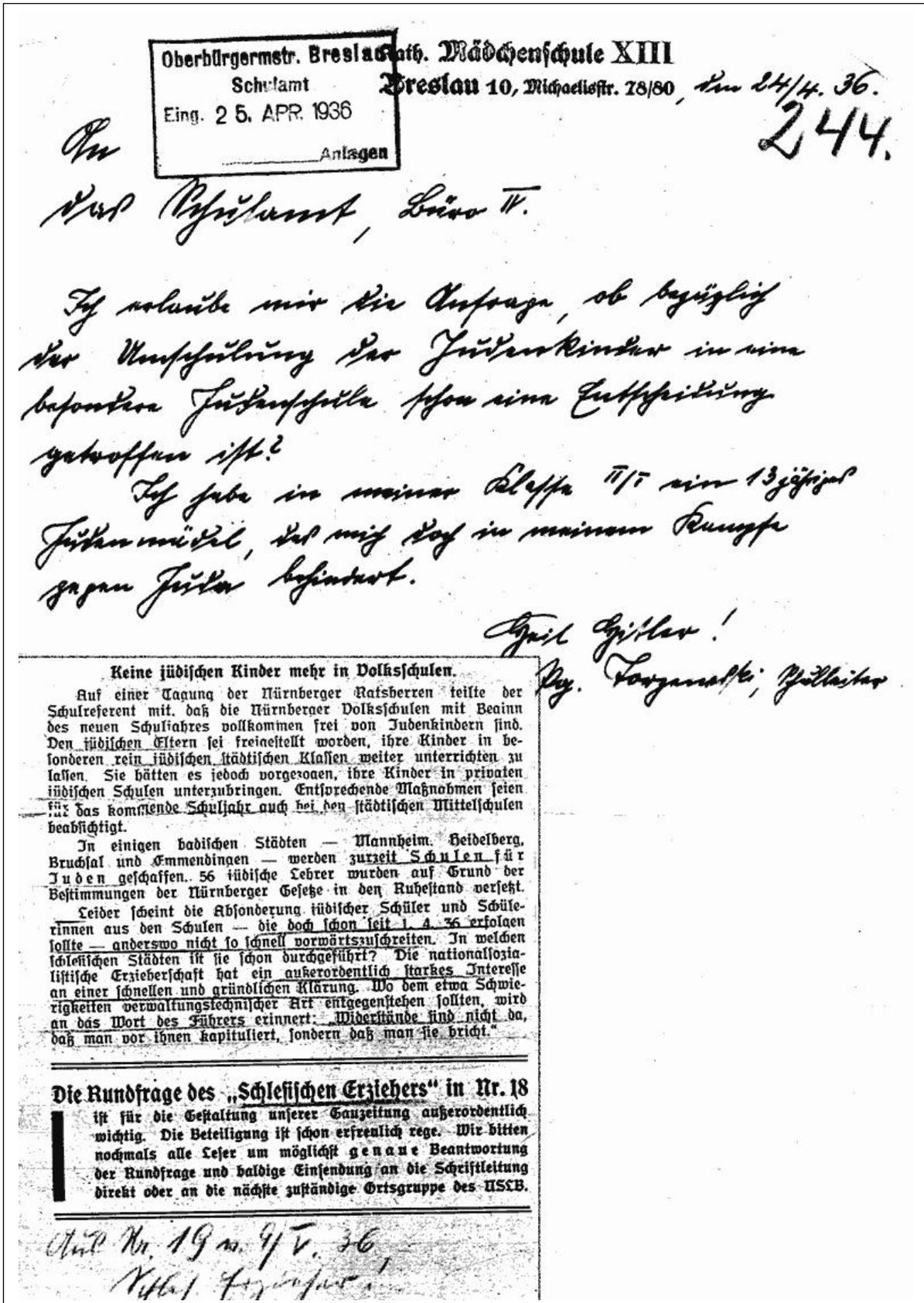


Abb. 5: Brief vom 24.04.1936 (Torzewski)



- ¹ Archivum Panstwowe we Wrocławia [APWr]
- ² Akta miasta Wrocławia [AmWr] im APWr
- ³ Breslauer Gemeindeblatt vom 1. Mai 1939, S. 94
- ⁴ vgl. Roland B. Müller, Das Breslauer Schulwesen in der Weimarer Republik. Dresden 2003, S. 102.
- ⁵ vgl. Gerhard Scheuermann, Das Breslau-Lexikon, Dülmen 1994, S. 1324. Die Angabe, dass "...die letzte jüdische Volksschule ... um 1938 ... geschlossen" wurde, trifft nicht zu.
- ⁶ Nach der Gründung vollzog sich der Aufbau in Jahrgangsschritten. Jährlich kam eine Klassenstufe hinzu, wodurch allmählich der Platzbedarf zunahm. Nachdem die Schule in den ersten neun Jahren ihrer Existenz zumeist Räume in städtischen Schulgebäuden angemietet hatte, war mit dem Einzug ins Rehdigerschulhaus im Jahre 1932 ein wichtiges Etappenziel auf dem Wege zur höheren Schule erreicht.
- ⁷ AmWr Sygn. 26330, Bl. 62.
- ⁸ Nach dem 2. Weltkrieg wurde die Baulücke, in der sich der Zugang zum Schulhaus befand, durch ein Wohnhaus geschlossen und der Zugang zu dem weitgehend unversehrt gebliebenen Gebäude erfolgt nun von der früheren Opitzstraße, der heutigen *Zelazna* aus.
- ⁹ Die Angaben über die Größenverhältnisse von liberaler Mehrheit und konservativer Minderheit schwanken. Ein etwaiges Verhältnis von 70 % zu 30 % dürfte zutreffend sein. Vgl. auch Sitzverteilung in der Gemeindevertreterversammlung der Synagogengemeinde von 1931, s. dazu R. Müller, S. 78.
- ¹⁰ Information durch Frau N.N. am 11.09.2006 in Tel Aviv, (Name dem Autor bekannt)
- ¹¹ Stadtarchiv Bad Pyrmont, Brief an Autor vom 31.10.03
- ¹² Im offiziellen Schriftverkehr ist stets von der „Brann’schen“ bzw. „Wohl’schen“ Privatschule die Rede.
- ¹³ AmWr Sygn. 26340, 26341.
- ¹⁴ AmWr Sygn. 23491, Bl. 149.
- ¹⁵ Kleines statistisches Taschenbuch für die Stadt Breslau, Ausg. 1933, S. 30.
- ¹⁶ Die Zahl kann etwa anhand der Lehrerlisten, die für die Schule Am Anger 8 erstellt wurde, geschätzt werden. Allerdings fanden auch in anderen Großstädten "abgebaute" Breslauer Lehrer und aus anderen Berufen vertriebene Akademiker Anstellungen in den jüdischen Schulen. Nach Einschätzung des Autors dürfte sich die Zahl der in Breslau "abgebauten" Lehrer um etwa 45 bewegt haben.
- ¹⁷ Willy Cohn, Kein Recht nirgends, Köln, Weimar, Wien 2006, S. 72.
- ¹⁸ Damit wurden Kinder jüdischer Soldaten des 1. Weltkrieges gemeint.
- ¹⁹ AmWr, Sygn. 26323, Bl. 15.
- ²⁰ AmWr, Sygn. 26323, Bl. 53,54 .
- ²¹ Joseph Walk, Jüdische Schule und Erziehung im Dritten Reich. Frankfurt am Main 1991.
- ²² Karla Wolf, Ich blieb zurück, Hrsg. Evang. Arbeitskreis Kirche und Israel in Hessen und Nassau, Heppenheim 1990.
- ²³ Helmut Eschwege (Hrsg.) Kennzeichen „J“. Bilder, Dokumente, Berichte zur Verfolgung und Vernichtung der deutschen Juden 1933 – 1945, Frankfurt / M 1979.
- ²⁴ Es liegt eine umfangreiche Erinnerungsliteratur von Schülern, insbesondere der nicht jüdischen höheren Schulen vor, die erkennen lässt, dass man zwar am Einzelschicksal Anteil nahm, wenn es sich um einen beliebten Mitschüler handelte. Im Übrigen wird in der Regel die Schulzeit in den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft als ganz normale Zeit behandelt und der insbesondere auch für Oberschüler in jener Zeit nicht übersehbare Staatsterror gegen die Juden weitgehend verdrängt.
- ²⁵ AmWr Sygn. 23409, Bl. 195r, Magistratsschulrat Schremmer (SPD) wurde als einer der ersten Mitarbeiter der Magistratsschulverwaltung unmittelbar nach dem 31.1.33 aus seinem Amt vertrieben („beurlaubt“) und durch den „Pg. Dr. Müller“ ersetzt.
- ²⁶ APWr NNPSI (dt.: Oberpräsidiums der Provinz Schlesien) Sygn. 55, Bl. 264 .
- ²⁷ APWr, NNPSI Sygn. 55, Bl. 216.
- ²⁸ AmWr Sygn. 32941, Bl. 67r.

- ²⁹ Die Bestimmung der Anzahl jüdischer Schülerinnen und Schüler erfolgte in den Jahren der Weimarer Republik nur nach den Angaben der Eltern bei der Einschulung und hinsichtlich des Besuches des Religionsunterrichts, der getrennt für evangelische, katholische, altkatholische und jüdische Kinder erfolgte..
- ³⁰ AmWr Sygn. 23387, Bl. 239ff.
- ³¹ AmWr. Sygn. 23387, Bl. 244.
- ³² vgl. Entwicklung der Schülerzahlen 1923 - Schuljahr 1932/33 R. Müller, S. 147.
- ³³ Vgl. Karla Wolf und Roland Müller, Schulische Bildung für die jüdischen Kinder und Jugendlichen zwischen 1918 und 1943, Maria Zwierz, Breslauer Schulen - Geschichte und Architektur, Wrocław 2005, S. 103 Angabe aller seiten des Beitrages Dort wird das Schicksal von Wolfgang Gross und seiner Schwestern geschildert. Sie hatten eine christliche Mutter und einen jüdischen Vater.
- ³⁴ Roland Müller, Schulische Bildung, S.91 zu den Religionsunterrichtsanstalten.
- ³⁵ AmWr Sygn. 23491, Bl. 244.
- ³⁶ AmWr Sygn. 24146, Bl. 187ff.
- ³⁷ AmWr Sygn. 32941, Bl. 35.
- ³⁸ Kleines statistische Taschenbuch für die Stadt Breslau, Ausg. 1933, S. 30
- ³⁹ Das ist eine Feststellung; die sich nicht allein aus den in den Akten enthaltenen Schriftverkehr jüdischer Eltern an die Schulverwaltung (in den Jahren der Weimarer Republik) ableiten lässt, obwohl sich darin auch Belege für das Bildungsstreben befinden. Diese Feststellung, die der Autor vertritt, ist jedoch auch ein interessanter Ansatzpunkt für weitere Forschungen
- ⁴⁰ Das wird in vielen Schreiben an die Schulverwaltung deutlich. Zugleich aber verstand er sich als ebenbürtiger Partner der Schulverwaltung in Religionsangelegenheiten wie die evangelischen und katholischen Amtsträger in der Schuldeputation, die es allesamt vermieden, mit bestimmten Sonderregelungen in den normalen Schulbetrieb einzugreifen.
- ⁴¹ Vgl. Willy Cohn "Kein Recht, nirgends" S. 39
- ⁴² Erinnerungsbericht von M. Hauschner, der über den "Notverein der jüdischen Lehrer" berichtete, aber von Konflikten zwischen verschiedenen Lehrergruppen keine Kenntnis hat.
- ⁴³ Diese Aussage machten die ehemaligen Schülerinnen und Schüler, mit denen der Autor 2006 in Israel gesprochen hat.
- ⁴⁴ Bernhard Wechsberg hatte wahrscheinlich (diese Angabe ist nicht eindeutig belegt) das "jüdisch theologische Seminar zu Breslau - Fraenkelsche Stiftung" besucht und dieses ohne Abschluß "Lehrbefähigung für Religion" verlassen, da diese seit 1933 (Vgl. "Bericht des jüdisch-theologischen Seminars zu Breslau / Hochschule für jüdische Theologie für das Jahr 1933" in AmWr Sygn. 24425 Bl. 42ff) nicht mehr vergeben wurde
- ⁴⁵ AmWr Sygn. 26327 Bl. 20
- ⁴⁶ Quelle. Zitat Einschätzg d JSV zum Antrag der Gruppe um Schäffer..
- ⁴⁷ Quelle Antrag Wohl Mittelschule
- ⁴⁸ Im Schuljahr 1928/29 besuchten die Wohl'sche Schule neben 48 jüdischen Kindern auch 16 evangelische, 1 katholisches und 2 konfessionslose Kinder.
- ⁴⁹ AmWr Sygn. 26327, Bl. 109ff.
- ⁵⁰ Heinrich Tischler, Architekt und Maler (1892-1938) war zuletzt vor den Pogromen bei Gertrud Wohl angestellt (Vgl. Tabelle 5), er unterrichtete aber auch an der Volksschule in der Zweigstelle Am Anger. Er starb an den Folgen der Haft in Buchenwald.
- ⁵¹ Vgl. Willy Cohn und Karla Wolf,, S. 25.
- ⁵² AmWr Sygn. 26327, Bl. 136.
- ⁵³ AmWr Sygn. 23410, Bl. 274 .
- ⁵⁴ AmWr Sygn. 22410, Bl. 223.
- ⁵⁵ AmWr Sygn. 26326, Bl. 31.
- ⁵⁶ AmWr Sygn. 26326, Bl. 35.
- ⁵⁷ AmWr Sygn. 26326, Bl. 43r.
- ⁵⁸ Mitteilung von Herrn Prof. Konieczny, Wrocław vom 17.03.2006.
- ⁵⁹ Karla Wolf, S. 24.